



Frankreich – Info

Herausgeber: Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

17.03.2009

Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zum Abschluss des Kolloquiums

„Frankreich, die europäische Verteidigung und die NATO im 21. Jahrhundert“

Paris, 11. März 2009

Sehr geehrter Herr Premierminister, lieber François,
sehr geehrte Herren Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Generalsekretär der NATO,
sehr geehrter Herr Generalsekretär, Hoher Vertreter der Europäischen Union,
sehr geehrter Herr Präsident der Stiftung für strategische Forschung,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei Bruno Racine dafür bedanken, dass er die Initiative zu diesem Kolloquium ergriffen hat. Denn ganz gleich, ob man Anhänger oder Gegner der NATO ist oder Vorbehalte hat – eines müssten wir alle gemein haben, nämlich den Wunsch, die Öffentlichkeit eingehend zu informieren und darüber zu diskutieren. Was wären politische Verantwortungsträger, die ihre – durchaus legitimen – Überzeugungen vorbringen, ohne darüber debattieren zu wollen? Nicht legitim wäre es, die eigene Logik nicht bis zum Ende zu verfolgen und die Französischen und Franzosen nicht über die Tatsachen im Hinblick auf die NATO und die Beteiligung Frankreichs an der NATO zu informieren. Das muss jedem klar sein.

Denn zusammen mit dem Premierminister und mit der Regierung habe ich festgestellt, dass wir in der NATO sind – denn das sind wir, aber nur wenige Menschen wissen das.

Gibt es denn so geheime Aktivitäten, dass man den Franzosen nicht erklären darf, was man dort macht? Es war viel von „Bruch“ die Rede. Wenn es denn einen Bruch gibt, dann den dieser Regierung im Hinblick auf die Transparenz der Entscheidungen, die sie trifft. Darauf komme ich noch.

Diese Debatte muss geführt werden, da haben Sie ganz Recht, Herr Präsident. Und dass Sie uns hier im Saal *Foch* versammeln, ist sehr symbolhaft: Foch war der erste Oberbefehlshaber der alliierten europäischen und amerikanischen Truppen im Ersten Weltkrieg. Das Konzept von Bündnispartner und Freund gibt es nicht erst, seit ich mein Amt angetreten

habe. Manchmal habe ich das Gefühl, es ist ganz neu. Sie haben mir also mit der Wahl des Saals Foch die Arbeit erleichtert.

Bruno Racine hat die Schlussfolgerungen Ihrer Debatte ganz richtig dargelegt (...).

Als Befehlshaber der Streitkräfte und damit Garant für die Verteidigung der vitalen Interessen und der Sicherheit Frankreichs bin ich verantwortlich für die strategischen Entscheidungen der Nation. Und ich möchte einen ersten Gedanken zum Ausdruck bringen, nämlich dass unsere strategischen Überlegungen nicht starr bleiben können in einer Welt, in der sich die Bedingungen für unsere Sicherheit radikal verändert haben. Damit möchte ich niemanden beleidigen, sondern vielmehr alle Verantwortlichen zum Nachdenken aufrufen. Ein Strategiekonzept ist nur dann sinnvoll, wenn es an die Situation unseres Landes angepasst ist – nicht an die bestehende, sondern an die künftige. Denn bei der Definition eines Strategiekonzeptes dürfen wir nicht nur nicht im Rückstand sein, sondern wir müssen möglichst einen Vorsprung haben.

Vor 18 Monaten hatte ich den Wunsch geäußert, dass eine klare, ernsthafte und transparente Debatte geführt wird, an der unsere politischen und militärischen Verantwortungsträger, die Parlamentarier und die Forscher mitwirken. Herausgekommen ist dabei ein neues „Weißbuch über die Verteidigung und die nationale Sicherheit“ – 14 Jahre nach dem alten von 1994 – und hier muss Edouard Balladur gewürdigt werden, der damals die Initiative dazu ergriffen hatte.

Wir mussten unsere Gewissheiten und schwieriger noch unsere Gewohnheiten in Frage stellen. Denn ich beobachte, dass wir Gewohnheiten pflegen, die nicht unbedingt den Gewissheiten und manchmal den Gefälligkeiten entsprechen. Die Gewissheiten in Frage zu stellen ist nicht alles. Es sind die Gefälligkeiten und die Gewohnheiten, die auf den Prüfstand müssen, und das ist in Frankreich nicht immer das einfachste.

Frankreich ist heute nicht mehr durch eine militärische Invasion bedroht – vielleicht zum ersten Mal in seiner Geschichte. Andere Gefahren, die mit der Globalisierung in Zusammenhang stehen, sind an diese Stelle getreten: Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, Angriffe gegen die weltraumgestützten Systeme und gegen die Informationssysteme, von denen unsere technologischen Gesellschaften so stark abhängig sind. Die Krisen in der Welt beeinträchtigen unsere Werte, unsere Interessen und die Sicherheit der Franzosen. Der Wettbewerb um den Zugang zu Wasser, zu Energie, zu Rohstoffen, die Verschlechterung der Umwelt, die Pandemien, die unkontrollierte Migration – das alles hat schwerwiegende Folgen für unsere Sicherheit. Und morgen kann eine strategische Überraschung die Voraussetzungen für unsere Sicherheit sprichwörtlich umkrempeln. Die Weltfinanzkrise zeigt sehr gut, wie radikal sich die Welt verändern kann, und nicht unbedingt zum Guten hin.

Es mag so aussehen, als seien diese Gefahren alle weit weg. Aber irren wir uns nicht: Unser nationales Territorium kann schon morgen getroffen werden, wie auch das unserer Bündnispartner. Man kann sagen, dass die Unterscheidung zwischen innerer Sicherheit und äußerer Sicherheit, die wir als Grundlage ansahen, völlig verwischt wird. Die Verteidigung Frankreichs erfolgt heute auf unserem Staatsgebiet ebenso wie tausende von Kilometern entfernt, im Weltraum oder in den Informationsnetzen.

Um darauf zu reagieren, sind drei Dinge notwendig: Eine starke Diplomatie, eine starke Verteidigung und ein starkes Europa. Und ich füge noch hinzu: sichere Bündnispartner.

Die starke Diplomatie – das ist ein Frankreich, das zu sich steht und das sich engagiert. In einer Welt der „relativen Mächte“ kann kein Staat alleine seinen Standpunkt durchsetzen. Keiner. Grundlagen für unser Handeln sind die Zusammenarbeit und die Solidarität. Ein Staat alleine, eine Nation alleine ist eine Nation, die keinen Einfluss hat. Und wenn man Gewicht haben will,

dann muss man wissen, wie man sich mit Bündnispartnern und Freunden zusammenschließt. Wie das geht, haben wir in Europa ganz gut gesehen.

Frankreich setzt sich ein, Frankreich spricht mit jedem, Frankreich bringt die Linien in Bewegung, Frankreich macht Vorschläge und ist innovativ. Frankreich tut dies in dem Bewusstsein dessen, was es ist, eine freie Demokratie, eine europäische Demokratie und eine westliche Demokratie. Frankreich will Frieden, Frankreich will Freiheit. Frankreich weiß auch, wer seine Verbündeten sind und wer seine Freunde sind. Und ich habe keine Angst zu sagen, dass unsere Verbündeten und unsere Freunde in erster Linie die westliche Familie ist.

Ich glaube nicht, dass es die Rolle einer großen verantwortungsvollen Macht wie Frankreich ist, auf halbem Weg zwischen allen zu stehen, das wäre nämlich ein Frankreich, das nirgendwo ist. Ich nehme gerne hin, dass dieser Punkt zu Debatten führt, aber ich denke, die Voraussetzung für Unabhängigkeit ist zunächst, dass man weiß, wo seine Familie ist und dass seine Familie nicht an einem zweifelt.

Dann eine starke Verteidigung: Das sind moderne Streitkräfte und Sicherheitskräfte, die den aktuellen Gefahren angemessen sind. Also in Frankreich hinkt man immer hinterher. Auch hier will ich niemanden kritisieren, aber das lässt sich in der Vergangenheit ablesen.

Unsere Streitkräfte müssen auf Dauer gesehen über die Mittel verfügen, die ihren Zielen entsprechen. Trotz der aktuellen Krise haben wir, mit dem Premierminister und dem Verteidigungsminister, die Verteidigungsanstrengung Frankreichs beibehalten. 377 Milliarden Euro für die Verteidigung bis 2020.

Wir haben die Reform der Streitkräfte gefordert. Sie wird zu Ende geführt. Die Aufgabe der Streitkräfte, das will ich hier vor vielen Parlamentariern sagen, ist die Sicherheit. Nicht die Raumordnung. Also wenn wir weiterhin beides wollen, dann werden unsere Streitkräfte nicht die Raumordnung übernehmen und auch nicht in der Lage sein, für die Sicherheit in unserem Land zu sorgen. Unsere Verteidigung wird nicht mehr nach der Zahl der Personen bemessen, die sie beschäftigt. Auch hier werde ich genau das tun, was ich gesagt habe.

Um stark zu sein, muss unsere Verteidigung unabhängig sein. Wir werden uns also mit unabhängigen nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und Warnsystemen ausstatten, ebenso mit Fähigkeiten zur Cyber-Abwehr und mit verlegefähigen Kräften, deren Ausstattung nicht, wie manchmal der Fall, aus den 80er, um nicht zu sagen aus den 70er Jahren stammt.

Wir brauchen ein starkes Europa. Das Europa der Verteidigung und der Sicherheit aufzubauen, hat absoluten Vorrang. Europa muss sich behaupten, so wie im letzten Jahr, in der georgischen Krise. Denjenigen, die für die nationale Unabhängigkeit eintreten – zu denen auch ich gehöre –, möchte ich vor Augen führen, was sich für Europa mit Georgien getan hat und was einige Jahre vorher in Europa mit Bosnien war. Herr Generalsekretär, es ist gegen überhaupt niemanden gerichtet, wenn man sagt, dass das bosniakische Problem in erster Linie von amerikanischen Kräften gelöst wurde; und das Problem Georgiens ist in erster Linie durch die Politik Europas gelöst worden. Und das, so scheint mir, ist etwas, das zählt.

In München habe ich gesagt, es sei ein Test für Europa. Europa steht vor einer sehr einfachen Wahl: Will Europa in Frieden gelassen werden, oder will Europa Frieden? Die Entscheidung ist klar, und man weiß, was aus Kontinenten und Ländern wird, deren einzigen Streben es ist, in Frieden gelassen zu werden: Eines Tages kommt der Krieg zu ihnen. Frankreich hat die bittere Erfahrung der „Lasst uns in Ruhe“-Theorie gemacht.

Und mir scheint, die Geschichte hat uns gelehrt, dass wir diese Strategie nicht verfolgen können. Denn was ist eine große Wirtschaftsmacht, die nicht die militärischen Fähigkeiten

besitzt, ihre Interessen zu verteidigen? Und wie soll man von einer Stimme Europas sprechen, wenn Europa schweigt, wenn die Waffen sprechen?

Die Europäer müssen selbst handeln können, wenn notwendig, und mit ihren Bündnispartnern, wenn sie es wollen. Ich weiß, dass wir mit unseren amerikanischen Bündnispartnern einer Meinung sind, wenn es darum geht, die europäischen militärischen Mittel zu verstärken. Und die Amerikaner haben sehr genau verstanden, dass schwache Bündnispartner zu nichts nütze sind.

Man kann sich aber dennoch eines fragen, nämlich warum das Verteidigungskonzept Europas so langsam vorankommt, so als stünde alles in der Welt zum Besten. Wie kommt es, dass hier nichts entwickelt wurde? Ich habe da eine genaue Vorstellung.

1995, nach dem Weißbuch von 1994, hatte Jacques Chirac mutig eine erste Modernisierung unserer Verteidigungspolitik in Angriff genommen. Er hatte damals die Konsequenzen aus dem Kalten Krieg, aus dem Golfkrieg und aus Bosnien gezogen.

Damals wurden wichtige Entscheidungen getroffen: die Professionalisierung unserer Streitkräfte, die Entwicklung der Verlegfähigkeit, die Modernisierung unserer Abschreckung und der Wille, voll und ganz an den NATO-Strukturen beteiligt zu sein. Ich war damals nicht in der Regierung, aber ich habe diese Wahl begrüßt. Wenn das von Jacques Chirac angestoßene Verfahren zur vollständigen Rückkehr in die NATO-Strukturen nicht zu Ende geführt wurde, dann bekanntlich deshalb, weil unsere amerikanischen Bündnispartner eine bessere Aufteilung der Verantwortlichkeiten in den damaligen militärischen Strukturen der NATO nicht akzeptiert haben. Dies ist keine Wertung, sondern Ausdruck einer Tatsache, die von niemandem bestritten wird.

2009 nun geht es darum, die Konsequenzen aus dem europäischen Aufbauwerk, den neuen Gefahren und den neuen strategischen Prioritäten zu ziehen. Jedoch mit demselben historischen Ziel, nämlich die Sicherheit und den Einfluss Frankreichs zu gewährleisten, und zwar unter Einhaltung unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer strategischen Autonomie.

Was wäre eine isolierte französische Verteidigung, die nur auf sich selbst bezogen wäre? Eine neue Maginot-Linie gegen die Herausforderungen der modernen Welt.

Unsere Verteidigung hat zwei Pfeiler, die Europäische Union und die Atlantische Allianz.

Ein Wort zu dem, was Frankreich will, und ich werde gleich mit der Tür ins Haus fallen, denn man muss das ganz eindeutig sagen. Frankreichs Zielsetzung für die europäische Verteidigung ist in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa lange auf Misstrauen gestoßen. Viele, in Europa wie in den Vereinigten Staaten, waren der Ansicht, Frankreich wolle, indem es sich für die europäische Verteidigung stark macht, die transatlantische Bindung und das Bündnis schwächen. Ein sinnloser Anti-Amerikanismus verstärkte diese Auffassung noch.

Seit der Vereinbarung von Saint-Malo zwischen Frankreich und Großbritannien 1998, die von Jacques Chirac gewollt war, hat die europäische Verteidigung beträchtliche Fortschritte erfahren. Die Europäische Union hat Instrumente und Verfahren sowie eine Fähigkeit entwickelt. Sie hat über 20 zivile und militärische Einsätze geführt, um die Stabilisierung von Krisenregionen sicherzustellen.

Und doch, meine Damen und Herren, habe ich 2007 eine völlig blockierte Situation vorgefunden. Man hört hier und da, das sei wegen diesem oder jenem Land so, das aus Prinzip gegen Europa und ein erbitterter Verfechter eines fundamentalistischen Atlantismus ist. Das ist falsch. Wenn die Lage blockiert war, dann zunächst einmal, weil Frankreich mit dem Nein zum

Referendum 2005 dazu beigetragen hatte, dass der europäische Aufbau ins Stocken geraten war. Deshalb war unsere erste Initiative mit der Regierung, die Blockade zu lösen, weil wir nach dem Referendum wirklich nicht in der Lage waren, ganz Europa um uns zu scharen. Europa steckte fest, und Frankreich war nicht in der Lage, den Weg aus der Sackgasse heraus zu zeigen. Bernard Kouchner und François Fillon können bestätigen, dass wir viel Mühe hatten, die Dinge wieder in Gang zu bringen.

Mit dem Lissabon-Vertrag werden wir einen kohärenten Rahmen in Sachen Verteidigung haben. Wenn er in Kraft tritt, wird der institutionelle Rahmen für die ESVP für viele Jahre gefestigt sein. Und das ist sehr gut so.

Der Vertrag schafft die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs und eine Verpflichtung zur Solidarität im Falle eines terroristischen Angriffs. Aber diesen Vertrag, den Vertrag von Lissabon, haben nicht die „Atlantisten“ verzögert. Es war vielmehr Irland, ein neutrales Land! Manch einer in Frankreich, der mich anklagt, die europäische Zielsetzung aufzugeben, hat sich dem Lissabon-Vertrag widersetzt! Das ist die Wahrheit.

Aber dennoch muss man feststellen, dass hinter den institutionellen Fortschritten die militärische Realität noch nicht ganz berücksichtigt wird. Wer bestreitet das? Ich jedenfalls nicht. Wie ich im vergangenen Juni, kurz vor der französischen EU-Ratspräsidentschaft sagte, hat der Aufbau von modernen, robusten und interoperablen Fähigkeiten in Europa absoluten Vorrang. Das ist viel schwieriger als Institutionen und Verfahren zu entwickeln oder Beamte einzustellen. Wenn wir diese Fähigkeiten nicht entwickeln, dann wird die Verteidigung Europas nur auf dem Papier bestehen. Dabei würden alle verlieren, Europa an erster Stelle, aber auch alle unsere Bündnispartner in der NATO.

Das war der zentrale Punkt, auf den wir in der französischen EU-Ratspräsidentschaft hingearbeitet haben. Ich danke allen unseren Partnern, weil sie verstanden haben, wie sehr wir einen echten Anstoß für die europäische Verteidigung brauchten, die diesmal auf etwas Konkretem begründet ist.

Wozu also haben wir uns verpflichtet?

Wir werden die Zielsetzung für unsere Einsätze neu definieren. Sie soll im Rahmen der Zielvorgaben von 60.000 Mann an die verschiedenen Krisensituationen angepasst werden.

Wir werden über eine stärkere Planungsfähigkeit verfügen, in der die militärischen und zivilen Aspekte miteinander kombiniert werden, was heute nur die Europäische Union zu tun vermag. Wir zählen auf Javier Solana, um dies in einem neuen Geiste auf die Beine zu stellen.

Wir werden unsere militärischen Fähigkeiten stärken. Einige Projekte, die allen Interessierten offenstehen, wurden verabschiedet: für die Verlagerung und den Schutz von Kräften, Information und raumgestützter Nachrichtendienst, Interoperabilität.

Wir haben festgehalten, dass der nationale Rahmen für die Schaffung dieser Fähigkeiten nicht mehr ausreicht. Wir brauchen neue Methoden, müssen bündeln, die Kosten und die Infrastruktur teilen, uns spezialisieren.

Wir werden ein militärisches „Erasmus“ für die gemeinsame Ausbildung der europäischen Offiziere einrichten.

Wir haben festgehalten, dass die industrielle Grundlage der Verteidigung umstrukturiert werden muss, damit Gruppen von Weltrang entstehen. Wir werden die Schlüsselkapazitäten in Europa

ausbauen, damit wir unsere Versorgungssicherheit stärken. Wir werden den innereuropäischen Transfer und den Zugang zu den öffentlichen Ausschreibungen erleichtern. Ich freue mich, dass das Europäische Parlament die beiden Richtlinien verabschiedet hat, über die schon viel zu lange diskutiert worden ist.

Wir werden die Verteidigungsforschung, also die Zukunft unserer Industrie, anspornen mit dem gemeinsamen Ziel von 2 % für die Verteidigung und einem Fonds zur Finanzierung der Projekte. In allen Bereichen sollen die Synergien zwischen den zivilen und den militärischen Technologien ausgemacht werden.

Schließlich wird sich die Europäische Union für die dringlichsten Bereiche unserer Sicherheit einsetzen. Es wurden bereits Pläne verabschiedet für die Bekämpfung des Terrorismus, die Verbreitung von Atomwaffen, die Stärkung der Raumfahrtsicherheit, die Abrüstung usw.

Das ist der Plan für die Zukunft. Die Ereignisse des letzten Jahres haben jedoch gezeigt, dass dringend gehandelt werden muss.

Angesichts der Krise in Georgien haben wir eine zivile Beobachtermission entsandt, um die Einhaltung des Waffenstillstands zu überwachen. Mit Bernard Kouchner waren wir sehr zufrieden, dass wir diese Mission vorschlagen konnten.

Gegen die Piraten im Golf von Aden, die unsere Schiffe in Gefahr brachten, haben wir die Operation Atalanta ins Feld geführt. Es ist der erste EU-Einsatz auf See, der erste Einsatz, bei dem rein europäische Interessen verteidigt werden und außerdem der erste militärische Einsatz der Europäischen Union unter britischer Führung.

Man sieht, dass nach und nach die Tabus fallen und die Blockaden gelöst werden.

Dieses Ergebnis verdanken wir dem Bemühen jedes Einzelnen, aber wir verdanken es auch einem neuen Wind, der in Europa weht, seit Frankreich seine Annäherung an die NATO angekündigt hat. Die Annäherung an die NATO stärkt die nationale Unabhängigkeit. Unsere Ferne von der NATO, die wir proklamiert, aber nicht realisiert haben, beschränkt unsere nationale Unabhängigkeit und grenzt unseren Handlungsspielraum ein.

Ich hatte im vergangenen Jahr gesagt, dass dieser Schritt auf die Allianz zu zunächst über die Wiederbelebung der europäischen Verteidigung erfolgt. Wer kann bestreiten, dass dies so ist?

Ich komme also jetzt zur NATO. Mir war klar, dass es über dieses Thema in Frankreich eine Debatte geben würde. Was ist normaler in einer großen Demokratie?

Aber die Debatte muss auf der Grundlage der Tatsachen erfolgen. Denn wenn sie nicht auf Tatsachen beruht, dann ist es keine Debatte mehr, dann ist es Polemik.

Ihr Kolloquium hat an die allzu oft verkannten Tatsachen erinnert. Alles sieht danach aus, als hätte man den Franzosen die Tatsachen verheimlicht; Tatsachen, die ich schon in meinem Wahlkampf deutlich gemacht habe, ich habe niemanden hintergangen. Ich habe immer fest geglaubt, dass uns das nationale Interesse Frankreichs zu dieser Annäherung bringen würde.

Aber rufen wir den Franzosen die Tatsachen in Erinnerung, die sie nicht kennen, weil man ihnen die Tatsachen bewusst verschwiegen hat. Wir sind Gründungsmitglieder der NATO, die vor 60 Jahren geschaffen wurde. Wir sind Gründungsmitglieder und haben die Atlantische Allianz nie verlassen. Sie ist und bleibt ein zentrales Element unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, mit einer grundlegenden Verpflichtung, nämlich der gegenseitigen Unterstützung im Angriffsfall; und es ist für die Franzosen sicher kein Grund zur Sorge, dass sie

ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben für den Fall, dass wir angegriffen werden, wo doch unsere amerikanischen Freunde schon zweimal gekommen sind, um uns zu helfen und uns zu retten.

Also diejenigen, die Polemik wollen, sollen sie auch bis zum Ende betreiben. Wenn Sie im Angriffsfall kein Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika mehr wollen, dann sollen sie das sagen! Ich jedenfalls, der ich die höchsten Interessen der Nation zu vertreten habe, sage Ihnen, das wäre Wahnsinn.

Das Atlantische Bündnis ist auch das Symbol für die transatlantische Werte- und Interessensgemeinschaft. General de Gaulle selbst hat unser Bündnis 1966 als „das der freien Völker des Westens“ bezeichnet.

Aber die Allianz ist auch, was man nie sagt, ein Bündnisvertrag zwischen den europäischen Nationen selbst. 21 der 27 EU-Mitglieder sind auch Mitglieder der NATO. Und man wollte von mir, dass ich in der französischen EU-Ratspräsidentschaft in einem großen Moment europäischer Solidarität ankündige, dass man mit der NATO nichts zu schaffen habe? 21 von 27 europäischen Demokratien sind in der NATO!

Seit 1966 hat Frankreich sich der NATO schrittweise angenähert, meistens ohne darüber zu sprechen. So wurden unverzüglich Vereinbarungen geschlossen, um die Verwendung unserer Streitkräfte zu koordinieren. Im Kontext mit der Euromissile-Krise im Juni 1983 war François Mitterrand Staatspräsident. Zum ersten Mal seit dem französischen Austritt fand ein NATO-Rat in Paris statt. Ende der 80er Jahre, François Mitterrand war Präsident, als der Kalte Krieg auf sein Ende zuing, hatten wir eine unvergleichliche Kohärenz mit den NATO-Mitteln in Europa erreicht. Seit 1992, Staatspräsident war François Mitterrand, sind wir, infolge der neuen weltpolitischen Lage, mit der NATO nach Bosnien und dann in den Kosovo gegangen, nachdem wir Milosevics Serbien in die Knie gezwungen hatten, und schließlich sind wir mit der NATO nach Afghanistan gegangen. In dieser Zeit wurde Frankreich zu einem der wichtigsten Truppensteller für NATO-Einsätze. Das weiß niemand in Frankreich, jetzt ist der Moment da, die Wahrheit zu sagen. 1993, unter Staatspräsident François Mitterrand, haben wir wieder angefangen, am Militärausschuss teilzunehmen, und 1996, unter Staatspräsident Jacques Chirac, haben wir dort unseren Platz voll und ganz wieder eingenommen.

Seit dem strategischen Konzept von 1999 haben wir die Transformation der NATO unterstützt und daran mitgewirkt; sie hat 2002 zu wichtigen Veränderungen geführt. Wir nehmen u. a. an der schnellen Eingreiftruppe der NATO teil.

2004 hat Präsident Jacques Chirac mit dem Tabu von 1966 gebrochen und wir haben angefangen, französische Militärs in die integrierte Struktur zu entsenden: Seitdem, seit 2004, weht die französische Flagge wieder vor dem NATO-Hauptquartier. Man will Symbole, ich liefere eins. Wir haben bereits drei französische Stäbe, in Lille, Lyon und Toulon, die für NATO-Einsätze abgestellt sind. Und was die Rüstungsnormen angeht, so wendet die europäische Industrie, also auch unsere, die Normen an, die zusammen von den Bündnispartnern festgelegt worden sind.

Es handelt sich also um einen kontinuierlichen Prozess, der von allen Regierungen, ob rechts oder links, betrieben wurde; ein Prozess, meine Damen und Herren, bei dem es keine Rückschritte gab. Es war also unsere gemeinsame Wahl, und ich begrüße die Entscheidungen, die Präsident Mitterrand und Präsident Chirac damals getroffen haben; es war richtig, das zu tun.

Mit all dem stehen wir aber außerhalb der militärischen Struktur. Warum? Ich muss sagen, dass ich kein überzeugendes Argument dafür höre. Im Gegenteil, die Nachteile liegen auf der Hand.

Sie waren übrigens so offensichtlich, dass sich Jacques Chirac und Alain Juppé veranlasst sahen, 1995-1996 einen Annäherungsversuch zu starten.

Die Nachteile sind übrigens folgende: Unsere Position wird von unseren Bündnispartnern nicht verstanden. Unsere Unfähigkeit, unsere Position im Bündnis ganz offen zu übernehmen, lässt Zweifel an unseren Zielen zu. Resultat: Wir haben ein Bündnis, das nicht europäisch genug ist, Herr Generalsekretär, und ein Europa der Verteidigung, das nicht so vorankommt, wie wir gehofft hatten. Präsentieren wir das Europa der Verteidigung als eine Alternative zur Allianz mit den Vereinigten Staaten, dann können wir sicher sein, dass es das Europa der Verteidigung nicht gibt. Präsentieren wir das Europa der Verteidigung als eine Ergänzung zur Allianz mit den Vereinigten Staaten, dann bringen wir das Europa der Verteidigung voran.

Zweiter Nachteil: Wir haben keinen verantwortungsvollen militärischen Posten. Man findet es gut, dass wir unsere Soldaten in Einsätze schicken, doch man findet es zu verpflichtend, unsere Generäle in die Militärausschüsse zu schicken. Wir haben nichts dazu zu sagen, wenn die Bündnispartner die militärischen Ziele und Mittel für die Einsätze festlegen! Wir schicken Soldaten in Einsätze, wir setzen ihr Leben aufs Spiel, aber wir sind nicht beteiligt an dem Ausschuss, der die NATO-Ziele festlegt. Wer kann eine solche Politik verstehen?

Und das alles aus eigenem Antrieb, weil wir uns selbst ausschließen. Die NATO ist also die einzige internationale Organisation in der Welt, in der Frankreich nicht präsent sein und Einfluss ausüben will! Andere Beispiele gibt es nicht. Im Allgemeinen wollen wir in internationalen Organisationen, zu deren Gründungsmitgliedern wir gehören, präsent sein und Einfluss haben. Aber bisher in der NATO – wir sind vor Ort präsent, wir schicken unsere Soldaten hin, aber entschuldigen Sie bitte, wir wollen keinen Einfluss, also wollen wir nicht präsent sein.

Es ist also an der Zeit, diesen Zustand zu beenden, denn das liegt im Interesse Frankreichs und im Interesse Europas.

Mit Abschluss dieses langen Prozesses wird Frankreich stärker und einflussreicher sein. Warum? Weil die Abwesenden immer im Unrecht sind. Weil Frankreich eher mitdirigieren muss als einfach nur hinzunehmen. So stelle ich mir Frankreich vor.

Weil wir da sein müssen, wo die Entscheidungen und Vorschriften erarbeitet werden; und nicht draußen warten, bis man sie uns mitteilt. Ich bin ein Verfechter der nationalen Unabhängigkeit, aber meine Vorstellung von nationaler Unabhängigkeit ist nicht, dass Frankreich vor der Tür steht und wartet, dass man ihm die Ergebnisse mitteilt, weil es nicht an deren Erarbeitung mitwirken wollte; weil es nicht den Platz einnehmen wollte, den man ihm anbot. Weil wir, wenn wir erst einmal wieder drin sind, den uns gebührenden Platz in den großen NATO-Führungsstrukturen haben werden. Weil Frankreich, wenn die Allianz ihre Rolle und ihre Aufgaben neu definiert, sein ganzes Gewicht in diese Reform einbringen will. Wir dürfen uns nicht weiter der Illusion hingeben, wir könnten uns vor was auch immer schützen, wenn wir den Kopf in den Sand stecken.

Europa selbst wird in der Allianz stärker sein. Aber es heißt, die NATO sei von den Vereinigten Staaten beherrscht. Aber wie sollen die Europäer darin ihre ganze Rolle spielen, wenn Frankreich draußen bleibt? Was für ein Argument! Das Gewicht Europas in der NATO soll verstärkt werden, aber Frankreich soll sich nicht an die NATO annähern dürfen. Wer kann so etwas verstehen?

Wenn Frankreich seine Verantwortung in der NATO voll und ganz übernimmt, dann wird Europa in der NATO mehr Einfluss haben. Folglich wird die NATO keine Organisation sein, die ausschließlich von den Vereinigten Staaten dominiert ist.

Im Lissabon-Vertrag selbst ist die Verbindung zwischen der europäischen Verteidigung und dem Atlantischen Bündnis hergestellt. Dort steht, dass die gemeinsame Verteidigung der Bündnispartner in der Allianz erfolgt. Und ich erinnere daran, dass diese Verbindung 2003 vom Konvent über die Zukunft Europas und dann von den Außenministern im Rahmen der Regierungskonferenz festgeschrieben wurde. Nicht ich war damals Staatspräsident.

Die europäische Verteidigung wird also stärker sein. Denn wenn wir vermeiden, dass unsere Ziele zweideutig sind, dann schaffen wir das notwendige Vertrauen für den Aufbau einer starken und unabhängigen europäischen Verteidigung. Ich glaube mehr denn je an die europäische Verteidigung. Glaubt man denn, unsere europäischen Partner hätten uns während der französischen EU-Ratspräsidentschaft unterstützt, wenn ich diesen Vorstoß nicht gewagt hätte? Ich glaube, das wäre niemals der Fall gewesen. Und glaubt man, die Vereinigten Staaten würden uns unterstützen, wie George Bush in Bukarest und Barack Obama heute? Niemals.

Wenn es denn einen Bruch in dieser Wahl geben sollte, dann nicht so sehr inhaltlich, dann ist er vielmehr das Ergebnis eines langen Reifungsprozesses; dann ist er methodisch.

Ich hätte, wie zu anderen Zeiten, eine einsame Entscheidung treffen und sie dann in einer Pressekonferenz ankündigen können. Ich hätte weder die Parlamentarier noch unsere großen Partner zu Rate ziehen und in geheimer Diplomatie entscheiden können. Chefsache. Ich habe mich, mit dem Premierminister, anders entschieden, für Transparenz und Debatte: indem die Kommission für das Weißbuch für alle Sensibilitäten offen war – ein Weißbuch, in dem nach intensiven Debatten der Schritt einer Annäherung an die NATO für gut befunden wurde; indem wir in den letzten 18 Monaten Fragen gestellt haben; indem wir einen Dialog zwischen der Regierung und dem Parlament, aber auch innerhalb der Regierungsmehrheit geführt haben. Ich danke den Kommissionspräsidenten, das war nicht ganz einfach. Jeder hat ein Stück des Weges gemacht.

Aber im Augenblick des Beschlusses muss ich meine Verantwortung als Staatschef und als Chef der Streitkräfte für das Wohl und die Sicherheit unseres Landes übernehmen.

Dann wurden Fragen laut. Wenn man die Polemiken beiseite lässt, steht vor allem eine Frage im Vordergrund, nämlich die Frage nach unserer nationalen Unabhängigkeit.

Zu diesem Punkt möchte ich auf die Gründe zurückkommen, die General de Gaulle 1966 vorgebracht hat, im damaligen Kontext der Atlantischen Allianz. Es ging darum, „unseren Streitkräften wieder ihren rein nationalen Charakter zurückzugeben“, so wie es 1954 gesagt worden war, als er sich gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gestellt hatte. Wenn man mir sagt: „Er verrät das Erbe von General de Gaulle, der sich gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gestellt hat.“ Ich plädiere heute für das Europa der Verteidigung. Verrät man das gaullistische Ideal, wenn man heute für das Europa der Verteidigung ist, während man gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war? Die Dinge haben sich geändert.

Er wollte keine ausländischen Truppen in Frankreich und keine französischen Truppen unter ausländischem Befehl. Das steckte hinter der Entscheidung von 1966.

Heute sind unsere Streitkräfte national und werden es auch bleiben, denn unsere Streitkräfte sind der letzte Ausdruck unserer Souveränität. Unsere Streitkräfte werden in keine supranationale Armee integriert, für die wir nicht die Verantwortung haben. Was übrigens niemand will, um es klar zu sagen. Wir sind wirklich im Reich der Fantasie, denn ich habe auf meinen unzähligen Reisen, bei unzähligen Treffen keine Regierung erlebt, die eine supranationale Armee gefordert hätte. Ich habe keine Regierung erlebt, die am Tisch des Europäischen Rats gefordert hätte, dass über den Einsatz der nationalen Truppen nicht

einstimmig beschlossen würde; das ist ganz selbstverständlich, aber es ist im Interesse Frankreichs, einem engen Netz der Solidarität und der Bündnisse anzugehören.

Natürlich werden wir unsere unabhängige atomare Abschreckung behalten.

Wir werden unsere Freiheit behalten, über die Entsendung unserer Truppen zu befinden.

Wir werden in Friedenszeiten kein Kontingent auf Dauer unter alliierte Befehlsgewalt stellen.

Diese Grundsätze des Weißbuchs habe ich zu meinen Grundsätzen gemacht. Nichts in der heutigen NATO widerspricht dem.

Unsere strategische Unabhängigkeit wird von den Bündnispartnern im „strategischen Konzept“ von 1999 anerkannt. Kein Mensch kann sich vorstellen, dass die Vereinigten Staaten oder Großbritannien ihre Atomwaffen jemals unter den Befehl eines Ausschusses stellen. Das ist ein Witz; wenn es nur diese Gefahr gibt, mit der wir leben müssen, dann können wir ruhig schlafen. Man kann über die Abschreckung diskutieren; man kann über die Abrüstung diskutieren; aber die atomare Entscheidung lässt sich nicht teilen.

Kein Entscheidungsprozess der NATO kann uns gegen unseren Willen zwingen. Keiner. Alle Entscheidungen des NATO-Rats werden einstimmig getroffen, und das wird auch so bleiben. 2008 in Bukarest haben Frankreich und Deutschland „Nein“ zu einem beschleunigten Beitritt der Ukraine und Georgiens gesagt; ehrlich gesagt haben wir gut daran getan; eine Beschleunigung des Beitrittsgesuchs war von den Vereinigten Staaten unterstützt worden. Deutschland und Frankreich haben „Nein“ gesagt und es blieb beim Nein.

Und wenn es noch eines Beweises für unsere Unabhängigkeit bedarf: Die Verfassungsreform hat dem Parlament im Hinblick auf die Entsendung unserer Einsatztruppen beispiellose Gewalten übertragen.

Ich sage es hier in aller Ernsthaftigkeit: Diejenigen, die behaupten, unsere Unabhängigkeit würde zur Debatte stehen, täuschen die Franzosen. Und sie beleidigen und schockieren damit unsere europäischen Partner wie unsere Bündnispartner, wenn sie zu verstehen geben, diese seien nicht unabhängig. Felipe Gonzales, ein großer Europäer, der Spanien in die NATO geführt hat, hat das erst vor wenigen Tagen ganz nachdrücklich gesagt.

Nun fragen sich andere ganz legitim, wie die NATO morgen aussehen wird, wenn wir unseren ganzen Platz darin einnehmen.

Mit Angela Merkel haben wir am 4. Februar einen deutsch-französischen Ansatz vorgeschlagen. Wir schlagen unseren Bündnispartnern vor, Arbeiten für ein neues „strategisches Konzept“ in Angriff zu nehmen, zehn Jahren nach dem Konzept von 1999. Jetzt frage ich Sie, was wäre die Logik, wenn Frankreich ein neues strategisches Konzept in einem Bündnis, das es selbst mitbegründet hat, anregt, ohne umfassend an der Erarbeitung dieses neuen strategischen Konzepts mitzuwirken? Entscheidet mal ganz alleine über das neue strategische Konzept, wir machen mit, wenn es uns gefällt. Ehrlich, ist das eine Regierungsmethode, die dem Jahr 2009 entspricht?

Wir wollen, dass die Allianz sich an die neuen Gefahren anpasst; dass sie wirklich ein Ort für die Debatte unter Bündnispartnern ist.

Wir wollen eine reaktivere und effizientere NATO.

Wir wollen, dass sie sowohl die kollektive Verteidigung nach Artikel 5 als auch die Missionen gewährleistet, die wir gemäß der UN-Charta weltweit im Dienste unserer Sicherheit und des Friedens durchführen.

Wir wollen die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der NATO stärken.

Wir wollen ein gegenüber den Ländern des euro-atlantischen Raums offenes Bündnis. Aber unser Bündnis ist keine Herberge: Ein Beitritt zur NATO setzt voraus, dass man unsere Werte teilt, sich der damit verbundenen Verantwortung stellt und effizient zur Sicherheit der Bündnispartner sowie zur Stabilität des Kontinents beiträgt.

Darüber hinaus wollen wir eine Partnerschaftsbeziehung zu Russland aufbauen - eigentlich müsste ich sagen: wiederaufbauen - wenn Russland das wünscht; und mit Russland über die Sicherheit unseres Kontinents debattieren. Ein weiteres Argument, Herr Premierminister, um wieder vollständig zurückzukehren. Wir werden die Vereinigten Staaten und Russland nicht alleine im stillen Eckchen über die Sicherheit unseres Kontinents diskutieren lassen!

Einige sagen, diese Entscheidung sei ein Verrat an General de Gaulle; eine „Ausrichtung auf Washington“. Eine Infragestellung unserer Bestimmung, mit Russland oder den Ländern des Südens Dialog zu führen; Ferner heißt es, Frankreich engagiere sich damit in einem „Krieg der Zivilisationen“, nichts weniger, gegen die Muslime. Manche behaupten sogar, dass wir, wenn wir in der integrierten Kommandostruktur gewesen wären, gezwungen gewesen wären, uns 2003 am Krieg gegen Irak zu beteiligen! Lügen! Unwahrheiten! Eine große Demokratie informiert man nicht, indem man Lügen verbreitet!

Wer könnte sich anmaßen, zu wissen, was General de Gaulle heute tun würde? Glauben Sie, dass General de Gaulle mit seinen Entscheidungen von 1966 einer Politik von 1923 gefolgt ist?

Ja, wir sind Verbündete der Vereinigten Staaten, wir sind Freunde, aber wir sind Freunde auf gleicher Augenhöhe, unabhängige Verbündete und freie Partner.

In unserer modernen Welt muss man Entscheidungen ändern können, die beinahe 50 Jahre zuvor gefällt wurden, dazu stehe ich. Sollte man also im Namen des gaullistischen Erbes auf den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verzichten, den General de Gaulle abgelehnt hatte? Weil General de Gaulle den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen abgelehnt hat. Sollte man es ablehnen, dass unsere deutschen Freunde Soldaten in Frankreich stationieren, worum wir, lieber Hervé Morin, Angela Merkel gebeten haben? Sollten wir unsere Verteidigungsabkommen mit Afrika unverändert lassen und damit vollkommen überholte Grundlagen bewahren?

Wir verfolgen mit allen Ländern der Welt einen spezifischen Dialog gemäß unseren Interessen. So ist es z. B. mit Russland, und bei unseren Gesprächen mit Moskau vergangenen Sommer, lieber Bernard Kouchner, entsprach – wie ich zu verstehen glaubte – nicht alles so ganz den Vorstellungen der Vereinigten Staaten. Als wir, lieber Herr Premierminister, Syrien eingeladen und den Dialog zu Syrien wiederaufgenommen hatten, hat Frankreich da nicht Unabhängigkeit bewiesen? Ich beobachte mit großem Interesse, wie die Vereinigten Staaten Amerikas dem Weg Frankreichs heute folgen. Wie ist es mit Libyen, mit Iran, mit Venezuela oder mit Kuba? Ist Frankreich nicht unabhängig? Manchmal sind es ein und dieselben Stimmen, die sich gegen die Rückkehr in die NATO aussprechen und mir vorwerfen, „mit den Diktaturen gemeinsame Sache zu machen“.

Dürfte Frankreich nur mit Demokratien sprechen, dann sähe meine CO₂-Bilanz – offen gesagt – um einiges besser aus.

Die NATO betreibt keinen „Krieg der Zivilisationen“. Denn die NATO ist den Muslimen Bosniens und des Kosovo zur Hilfe geeilt, als die von Milosevic angegriffen wurden – das ist eine Tatsache, eine historische Tatsache, jeder kann das feststellen. Und die NATO verteidigt das afghanische Volk gegenüber einer Rückkehr der Taliban und Al-Kaida. Über die Strategie, lieber Pierre Lellouche, lässt sich grenzenlos diskutieren: Ist sie gut oder nicht? Muss sie weiterentwickelt werden? Ja, sie muss weiterentwickelt werden. Aber wen verteidigt sie?

Der Irak-Krieg hat nichts zu tun mit der NATO. Noch vor Frankreich hatte sich Deutschland dagegengestellt. Spanien und Italien haben sich beteiligt und sind abgezogen, nachdem sie es für sich beschlossen hatten. Die Türkei - NATO-Mitglied - hatte den US-Truppen den Transit durch ihr Territorium untersagt. Andere Länder, die nicht in der NATO sind, haben sich der US-Position angeschlossen. Zu behaupten, die Annäherung Frankreichs an die NATO hätte die französischen Streitkräfte in den Irak geführt, ist eine beschämende Lüge; solche Äußerungen sind nicht gerade sehr tugendhaft. Man kann Überzeugungen aller Art haben, und alle Überzeugungen sind absolut verteidigungswert, aber lügen ist das Gegenteil der Demokratie.

Am 17. März wird unsere nationale Debatte im Parlament abgeschlossen.

Die Erneuerung unserer Beziehungen zur NATO ist keine Frage, die alleine im Raum steht. Sie ist eines von mehreren Elementen einer Außen- und Europapolitik sowie einer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Ich wünsche mir, dass die französische Volksvertretung über die Entscheidungen befindet, die seit Frühling 2007 getroffen wurden. Aus diesem Grund wurde der Premierminister heute morgen durch den Ministerrat ermächtigt, vor der Nationalversammlung die politische Verantwortung der Regierung für die Abstimmung über unsere Außenpolitik zu übernehmen. Denn Sie haben sehr wohl verstanden, dass dieser NATO-Annäherungsprozess ein kleiner Teil eines viel umfassenderen Prozesses zur Festigung und Stärkung der Unabhängigkeit der Nation ist.

Unsere Bündnispartner und unsere europäischen Partner werden das mit Aufmerksamkeit verfolgen. Ich bin überzeugt, dass diese Debatte unserem Land und den Herausforderungen unserer Verteidigung gerecht wird, wie es auch schon bei der Debatte war, aus der Juni vergangenen Jahres das Weißbuch hervorgegangen war. Premierminister François Fillon hat mein vollstes Vertrauen, um die Inhalte der Außenpolitik Frankreichs zu tragen.

Sobald ich die Ergebnisse der Debatte kenne, werde ich unsere Bündnispartner über meine Entscheidung informieren. Dann treffen wir in Straßburg und Kehl zusammen. Der Rhein war lange Zeit das Symbol für Konfrontation, nun wird er das Symbol für die deutsch-französische Aussöhnung sein. Angela Merkel und ich organisieren dort den Gipfel zum 60. Jahrestag unseres Bündnisses.

Ich bin überzeugt, dass dies ein großer Moment für die deutsch-französische Freundschaft, für die europäische Einheit und für die transatlantische Partnerschaft wird. Viele fragen mich, wie die deutsch-französische Partnerschaft wirklich aussieht; fordern mich auf, die deutsch-französische Freundschaft zu verteidigen. Ich will Ihnen sagen, dass die NATO-Annäherung Frankreichs – seien Sie versichert – ein wichtiges Element der deutsch-französischen Freundschaft ist und dass unsere deutschen Partner, Freunde und Verbündeten diese Entwicklung sehr wohl begrüßen, denn sie wird Europa stärken.

Frankreich wird voll und ganz seinen Platz im transatlantischen Bündnis einnehmen, weil es in seinem Interesse liegt und weil es sich dafür entschieden hat. Als freier Bündnispartner, als

solidarischer Bündnispartner, als unabhängiger Bündnispartner und als engagierter Bündnispartner.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Ihnen ist klar geworden, dass diese Entscheidung den erfolgreichen Abschluss eines Prozesses besiegeln wird. Ich bin sehr stolz auf das außenpolitische Vorgehen Frankreichs unter Bernard Kouchner, auf das Vorgehen von Verteidigungsminister Hervé Morin sowie von Staatssekretär Bruno Le Maire. Und dieser Prozess macht noch etwas anderes möglich, nämlich dass die Franzosen besser informiert werden. Letztlich haben wir uns mit dem Premierminister mit dieser Frage nicht soviel Mühe gemacht, weil wir zweifeln, sondern weil wir einen großen Mangel an Pädagogik und Information wettmachen mussten. Die Demokratie hat ihren Anspruch, und dieser Anspruch ist die Wahrheit. Es war an der Zeit, den Franzosen zu sagen, wie unsere Situation im Verhältnis zur NATO in Wahrheit ist.

Ich danke Ihnen.